

**Universität Potsdam**

**Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät**

**Professur für das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland**

**Trend zum unzuverlässigen Wähler? –  
Entwicklungen, Ursachen und Konsequenzen  
von Wechselwahlverhalten in Deutschland**

Hausarbeit zum Seminar:

„Wahlen und Wählerverhalten in Deutschland“

im Wintersemester 2005/2006

bei Dr. Viktoria Kaina

eingereicht von:

Philipp Richter

3. Fachsemester Diplom Politikwissenschaft  
Matrikelnummer: 727343

Adresse: Park Babelsberg 14 H.1 WE 34.2  
14482 Potsdam

E-Mail: philipp-richter@web.de

Abgabedatum: 24.03.06

## **Inhaltsverzeichnis:**

1. Einleitung .....	1
2. Wechselwahl in Deutschland: empirische Befunde .....	2
2.1. Bundestagswahlen Westdeutschland 1953-2005 .....	2
2.2. Bundestagswahlen Ostdeutschland 1994-2005 .....	3
2.3. Zusammenfassung .....	4
3. Ursachen für eine zunehmende Wechselwahl in Deutschland.....	5
3.1. Wählerwandel in der Bundesrepublik Deutschland .....	5
3.2. Folgen des Wählerwandels für das Wechselwahlverhalten .....	9
3.2.1. Makrosoziologische Perspektive.....	9
3.2.2. Mikrosoziologische Perspektive .....	10
3.2.3. Sozialpsychologische Perspektive.....	11
3.4. Angebotsorientierte Erklärungsansätze .....	12
3.5. Zusammenfassung .....	13
4. Konsequenzen steigender Wechselwahl .....	14
5. Schluss.....	15
Literaturverzeichnis.....	17
Anhang .....	19

## 1. Einleitung

Die Kontrolle der Regierung, die Herbeiführung eines Konkurrenzkampfes um politische Macht sowie die generelle Bereithaltung des Machtwechsels gelten neben vielen anderen Faktoren als zentrale Funktionen von Wahlen in pluralistischen Demokratien.<sup>1</sup> Gleichwohl könnten diese Funktionen ihre Wirkungen auf Dauer nicht entfalten, wenn das Wahlvolk bei seiner Stimmabgabe stets unabänderlich das vorangegangene Wahlergebnis reproduzieren würde. Wechselndes Wahlverhalten besitzt somit selbst eine wichtige Funktion im demokratischen Prozess und verhindert längerfristig eine elektorale Stagnation, welche die Anpassungsfähigkeit des politischen Systems an sich wandelnde Anforderungen mindert.<sup>2</sup> Dabei kommt dem Wechselwähler nicht nur aus systemtheoretischer Bedeutung eine zentrale Rolle in der empirischen Wahlforschung zu, sondern auch aufgrund seiner besonderen strategischen Position im politischen Wettbewerb um Wählerstimmen: ein Parteiwechsler sorgt nicht nur für einen Stimmengewinn einer Partei, sondern zugleich auch für einen Stimmenverlust einer anderen.<sup>3</sup> Wechselwähler in diesem Sinne sind also Personen, „die bei zwei aufeinander folgenden Urnengängen für unterschiedliche politischen Angebote votieren“<sup>4</sup>. In der wissenschaftlichen Diskussion wurde dabei für die Bundesrepublik Deutschland nicht selten eine stark zunehmende Wechselwählerbereitschaft diagnostiziert, deren Hauptursachen in den zurückgehenden Parteienbindungen gesucht wurden. Für diese Hausarbeit gilt es hierbei zu prüfen, ob es wirklich zu einer solchen deutlichen Zunahme der Volatilität im Wahlverhalten der deutschen Wahlberechtigten gekommen ist oder ob ein enormer Anstieg der elektoralen Beweglichkeit eher zu den „Mythen der modernen Wahlforschung“<sup>5</sup> gezählt werden muss. Zusätzlich soll bei dieser Überprüfung untersucht werden, inwiefern es Unterschiede in der Entwicklung der Wechselaktivität zwischen West- und Ostdeutschland gibt (Abschnitt 2). Darauf aufbauend wird sich im Abschnitt 3 der Frage zugewandt, wie *Veränderungen* im Wechselwahlverhalten in Deutschland erklärt werden können. Bevor im letzten Abschnitt die wichtigsten Erkenntnisse noch einmal ordnend zusammengefasst werden, sollen im 4. Abschnitt Konsequenzen aus der Beweglichkeit der Wählerschaft für das politische System der Bundesrepublik Deutschland aufgezeigt werden.

---

<sup>1</sup> Vgl. Nohlen, Dieter: Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie der Wahlsysteme, Opladen: Leske + Budrich 2004, S. 28 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Schoen, Harald: Wechselwahl, in: Falter, Jürgen W./ders. (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, S. 386.

<sup>3</sup> Vgl. ebd., S. 367.

<sup>4</sup> ebd. f.

<sup>5</sup> Noelle-Neumann, Elisabeth/Petersen, Thomas/Haumann, Wilhelm: Wahlkampf seit 1995. In drei Stufen zum Wahlsieg, in: dies./Kepplinger, Hans Mathias/Donsbach, Wolfgang (Hrsg.), Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998, München/Freiburg: Verlag Karl Alber 1999, S. 177.

## 2. Wechselwahl in Deutschland: empirische Befunde

### 2.1. Bundestagswahlen Westdeutschland 1953-2005

Auf Grundlage des Pedersenschen Volatilitäts-Index, der zur Messung der Wechselwahl Aggregatdaten verwendet, ergibt sich für Westdeutschland zunächst ein deutlicher Rückgang der Volatilität bei Bundestagswahlen.<sup>6</sup> Von 1953 bis zum Jahr 1969 sinkt der Index von über 14 Punkten auf einen Wert von 5,5 ab und spiegelt somit die Konzentration und Stabilisierung des deutschen Parteiensystems wider.<sup>7</sup> Bis 1987 schwankt der Index dann auf niedrigem Niveau zwischen 3,9 und 5,7 Punkten mit Ausnahme von 1983, wo die Kennzahl durch den Aufstieg der Grünen und parteipolitischen Veränderungen (Koalitionswechsel FDP) einen Wert von 8,3 erreicht. Im wiedervereinigten Deutschland verzeichnet der Index schließlich eine langsame, aber kontinuierliche Zunahme der Volatilität im westdeutschen Elektorat durch einen Anstieg von 4,8 auf 7,1 Punkte bei der Bundestagswahl 2005.<sup>8</sup> Zusammenfassend zeigen die Aggregatergebnisse für die alte Bundesrepublik einen Rückgang der Wechselwahl in der Ära Adenauer auf ein relativ niedriges Niveau, weitgehende Stabilität bis Anfang der neunziger Jahre, sowie eine leichte Tendenz zu einer steigenden Volatilität bei den letzten Bundestagswahlen. Da der Pedersen-Index jedoch nur die Salden der Wählerströme erfasst und auch Verschiebungen der Stimmenanteile durch eine demographische Veränderung des Elektorats und der Wahlbeteiligung mitberücksichtigt<sup>9</sup>, bietet er nur eine begrenzte Aussagekraft über das individuelle Wechselwahlverhalten von Parteiwechslern. Anhand von Individualdaten, die über einen längeren Zeitraum nur auf Basis von Recall-Befragungen vorliegen, lässt sich der Anteil der Wechselwähler hingegen realistischer nachvollziehen. Dabei konnte für Westdeutschland in den ersten Jahren ein Rückgang der Wechselwähler von 17 Prozent im Jahr 1953 auf nur noch 10 Prozent im Jahr 1961 registriert werden.<sup>10</sup> In den sechziger Jahren stieg der Anteil dann wiederum auf ca. 16 Prozent an und behielt dieses Niveau bis zur Bundestagswahl 1990, wobei für die Wahlen 1972, 1976 und 1980 eine leichte Abnahme der Wechselrate auf 12 bis 13 Prozent diagnostiziert werden kann. Eine deutliche Zunahme der elektoralen Beweglichkeit ist hingegen seit 1994 zu verzeichnen, wo die Wechselwählerrate auf fast 23 Prozent anstieg und

---

<sup>6</sup> Siehe hierzu Anhang 1, S. 20.

<sup>7</sup> Vgl. Zelle, Carsten: Der Wechselwähler. Eine Gegenüberstellung politischer und sozialer Erklärungsansätze des Wählerwandels in Deutschland und den USA, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 121 f.

<sup>8</sup> Vgl. Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W.: „Goodbye Lenin?“ Bundes- und Landtagswahlen seit 1990: Eine Ost-West-Perspektive, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Wessels, Bernhard (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, S. 260.

<sup>9</sup> Vgl. Schoen, Harald: a.a.O., S. 369 f.

<sup>10</sup> Siehe hierzu Anhang 2, S. 20.

durch eine Seitwärtsbewegung in den darauf folgenden Urnengängen bestätigt wurde.<sup>11</sup> Da die Rückerinnerungsmethode jedoch dazu neigt, die Wechselaktivität aufgrund von methodischen Problemen erheblich zu unterschätzen, muss von einer höheren Wechselrate ausgegangen werden als dies durch die Retrospektivmethode unmittelbar angezeigt wird. Bei der Bundestagswahl 1998 schätzte die Recallbefragung die Wechselaktivität Westdeutschlands im Vergleich zu panelgenerierten Daten beispielsweise um rund 10 Prozentpunkte niedriger ein.<sup>12</sup> Aussagen über die Entwicklungstendenz des Wechselwahlverhaltens behalten aber insofern weiter ihre Gültigkeit als dass die Verzerrung der Retrospektivmethode über die Zeit relativ konstant ist.<sup>13</sup> Deshalb lässt sich für die alte Bundesrepublik ein Trend zur steigenden Wechselwahl festhalten, der jedoch nicht darüber „hinwegtäuschen“ darf, dass die Mehrheit der Wähler nach wie vor bei zwei aufeinander folgenden Bundestagswahlen mit der Zweitstimme dieselbe Partei wählt. Wählerströmungen, in denen kleine Parteien involviert waren, kommt dabei eine größere Bedeutung zu als Wählerbewegungen zwischen Union und SPD. Letztere wurde in den vergangenen 40 Jahren vergleichsweise konstant von nur vier bis neun Prozent der Urnengänger vorgenommen, während der Anteil der anderen Parteiwechsel von 10 Prozent (1961) auf über 20 Prozent (1998) angestiegen ist.<sup>14</sup> Differenziert man nun noch zwischen lagerinternen und lagerexternen Wählerwanderungen, stellt sich heraus, dass wechselndes Wahlverhalten zwischen Regierung und Opposition nicht seltener vorkommt als Wählerbewegungen innerhalb eines parlamentarischen Lagers, wobei sich sogar Tendenzen für ein leichtes Übergewicht lagerexterner Wählerwanderungen zeigen.<sup>15</sup>

## **2.2. Bundestagswahlen Ostdeutschland 1994-2005**

Im Osten Deutschlands erreicht der Pedersen-Index für die Bundestagswahlen 1994-2005 Werte zwischen 10,4 und 12,6 und liegt damit deutlich über den gemessenen Ergebnissen von Westdeutschland.<sup>16</sup> Auch bei den Individualdaten (wiederum auf Basis von Recallbefragungen) zeichnet sich in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich eine erhöhte Wechselrate ab, die jedoch 1994 (26 Prozent Wechselwähler) und 2002 (27 Prozent Wechselwähler) um nur ca. 4 Prozentpunkte höher lag als die Quote der Wechselwähler im

---

<sup>11</sup> Vgl. Schoen, Harald: Wechselwahl, a.a.O., S. 375.

<sup>12</sup> Vgl. Schoen, Harald: Den Wechselwählern auf der Spur: Recall- und Paneldaten im Vergleich., in: van Deth, Jan/ Rattinger, Hans/Roller, Edeltraud (Hrsg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit., Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 205.

<sup>13</sup> Vgl. Schoen, Harald: Wählerwandel und Wechselwahl. Eine vergleichende Untersuchung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003, S. 151.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 132 f.

<sup>15</sup> Vgl. ebd.

<sup>16</sup> Siehe hierzu Anhang 1, S. 20.

westlichen Teil der Bundesrepublik. Bei der 14. Wahl zum Deutschen Bundestag im Jahr 1998 übertraf jedoch der Wechselwähleranteil Ostdeutschlands den Anteil der Wählerwanderungen im Westen um fast 10 Prozentpunkte und erreichte mit über 30 Prozent einen äußerst hohen Wert.<sup>17</sup> Dabei gelten die im Abschnitt 2.1. genannten Schwierigkeiten, die bei der Messung der Volatilität sowohl bei Aggregatdaten als auch bei recallgenerierten Individualdaten auftreten, selbstverständlich auch für die ostdeutschen Messwerte. Die machtpolitisch bedeutsameren Wechsel zwischen den parlamentarischen Lagern (Regierung – Opposition) fanden bei der Bundestagswahl 1998 dabei deutlich häufiger statt als lagerinterne Wanderungen. Folglich lässt sich festhalten, dass lagerexterne Wählerströme ähnlich wie im Westen Deutschlands in den neuen Bundesländern zumindest keine geringere Rolle spielen als regierungs- bzw. oppositionsinterne Wechsel.<sup>18</sup> Die empirischen Befunde dokumentieren für Ostdeutschland also eine höhere Volatilität im Wahlverhalten gegenüber den alten Bundesländern. Ein Trend zu einem steigenden oder sinkenden Wechselwahlverhalten lässt sich aufgrund des vergleichsweise kurzen Zeitraums noch nicht erkennen, jedoch scheint sich die Wechselrate auch unter dem Gesichtspunkt der letzten Bundestagswahl 2005 auf recht hohem Niveau zu halten.

### **2.3. Zusammenfassung**

Resümierend betrachtet zeigt sich auf Basis der Respektivmethode eine Zunahme der Wechselwahl in Westdeutschland, was nicht zuletzt durch die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 bestätigt wird. Jedoch darf dies nicht zur Diagnose eines „grassierenden Wechselfiebers“<sup>19</sup> verleiten, da die meisten Wähler immer noch „Wiederholungstäter“ sind. Die neuen Bundesländer weisen dabei eine höhere Wechselrate auf, weshalb der Wiedervereinigung eine destabilisierende Wirkung auf das Wahlverhalten zugerechnet werden kann.<sup>20</sup> Die Aggregatdaten unterschätzen den Wechselwahlanteil konstant und geben für Westdeutschland ein falsches Entwicklungsbild wieder. Immerhin scheint sich aber die steigende Volatilität ab den neunziger Jahren auch im Pedersen-Index leicht niederzuschlagen. Der tatsächliche Anteil der Wechselwähler wird jedoch wegen der Fülle methodischer Schwierigkeiten nie vollkommen exakt ermittelbar sein, was die teils widersprüchlichen Aussagen in der Literatur zeigen.<sup>21</sup>

---

<sup>17</sup> Siehe hierzu Anhang 2, S. 20.

<sup>18</sup> Vgl. Schoen, Harald: Den Wechselwählern auf der Spur., a.a.O., S. 207.

<sup>19</sup> Schoen, Harald: Wählerwandel und Wechselwahl., a.a.O., S. 132.

<sup>20</sup> Vgl. Schoen, Harald: Wechselwahl, a.a.O., S. 374.

<sup>21</sup> siehe hierzu u.a. Zelle, Carsten: a.a.O., S. 124 f.

### 3. Ursachen für eine zunehmende Wechselwahl in Deutschland

#### 3.1. Wählerwandel in der Bundesrepublik Deutschland

Mit dem Begriff des Wählerwandels wird in der empirischen Wahlforschung ein in mehrfacher Hinsicht ablaufender Veränderungsprozess des Elektorats beschrieben. Der Wandel der Wählerschaft beruht dabei zum einen auf sozialen bzw. sozialstrukturellen Veränderungen auf der Makro- und Mikroebene und zum anderen auf Wandlungen, welche die Fähigkeiten (und Möglichkeiten) des einzelnen Individuums betreffen. Die im Folgenden zu behandelten gesellschaftlichen Entwicklungen stehen hierbei häufig in einem engen Zusammenhang und bedingen sich gegenseitig.

Ein Beispiel für einen solchen Wandel ist der Prozess der *Individualisierung*. Mit diesem Begriff wird die Auflösung vorgegebener sozialer Lebensformen in modernen Industriegesellschaften beschrieben. Der Zerfall von lebensweltlichen Kategorisierungen wie zum Beispiel Klasse oder Stand führen dazu, dass sich die Biographien der Menschen nicht mehr automatisch aus ihrer sozialstrukturellen Verankerung ergeben, sondern erst durch das eigene Handeln (unter institutionellen Vorgaben) hergestellt werden.<sup>22</sup> D.h. die Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen verliert ihre Prägekraft auf das menschliche Handeln. Als Folge dieses Prozesses lösen sich traditionelle Milieus mit relativ homogenen Lebensstilen auf und es entstehen mehrere, voneinander verschiedene Lebensstilgruppen. Der Individualisierungsprozess führt auf diese Weise also auch zu einer *Pluralisierung von Lebensstilen*. Eng verbunden mit diesen Entwicklungen ist der Prozess des *Dealignment*. Dalton versteht darunter „a period during which the party-affiliated portion of the electorate shrinks as the traditional party coalitions dissolve“.<sup>23</sup> Durch soziale Wandlungsprozesse gehen demzufolge die Bindungen von Parteien mit bestimmten sozialen Gruppen zurück. Grundlage für diese These ist der wahlsoziologisch interpretierte Cleavage-Ansatz, wonach Parteien entlang von Konfliktlinien Koalitionen mit bestimmten sozialen Großgruppen eingehen. Klassisches Beispiel für eine solche Allianz sind in Deutschland die Verbindung der SPD mit der vor allem gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft oder das Bündnis der CDU mit den kirchengebundenen Christen (insbesondere Katholiken).

Der Begriff des Dealignment kann dabei in zweifacher Hinsicht verstanden werden. *Ökologisches Dealignment* drückt einen auf der Makroebene ablaufenden Wählerwandel aus.

---

<sup>22</sup> Vgl. Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth: Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie, in: dies. (Hrsg.), *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1994, S. 11 f.

<sup>23</sup> Dalton, Russell J./Beck, Paul Allen/Flanagan, Scott C.: *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*, in: dies. (Hrsg.), *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment*, Princeton University Press 1984, S. 14.

Demnach gehen die Bindungen von Parteien mit bestimmten sozialen Großgruppen zurück, da die Zahl der Personen, die sich in diesen Gruppen befinden, deutlich abnimmt.<sup>24</sup> Beispielweise kommt es aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels und der damit einhergehenden *Tertiärisierung* der bundesrepublikanischen Wirtschaft zu einer Abnahme der Gruppengröße der Arbeiter bzw. der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Lag der Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor 1959 noch bei über 50 Prozent, so nahm er in den darauf folgenden Jahrzehnten kontinuierlich ab und betrug 2003 in Gesamtdeutschland nur noch 31 Prozent,<sup>25</sup> wobei der Arbeiteranteil in Ostdeutschland etwas höher ausfällt als in der alten Bundesrepublik. Des Weiteren sinkt - auch als Folge dieses Prozesses - die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.<sup>26</sup> Da diese Gruppe die Kernklientel der SPD darstellt, bedeutet diese quantitative Abnahme somit einen Bindungsrückgang zwischen Großgruppe und Partei. Ein analoger Befund zeichnet sich für die kirchengebundenen Christen ab. Durch die *Säkularisierung* verringerte sich die Quote der regelmäßigen Kirchgänger (als Indikator für die Kirchenbindung) unter den Katholiken von über 60 Prozent in den fünfziger Jahren auf unter 30 Prozent in den neunziger Jahren. Bei den Protestanten lässt sich ein ähnlicher Rückgang auf niedrigerem Niveau konstatieren.<sup>27</sup> Außerdem stieg der Anteil der „offiziell“ Konfessionslosen in Westdeutschland im gleichen Zeitraum von vier auf 11 Prozent an und in Ostdeutschland bildet diese Gruppe mit über 60 Prozent sogar die große Mehrheit in der Bevölkerung (der Anteil der Katholiken beträgt hier gerade einmal vier Prozent). Der zahlenmäßige Rückgang der kirchengebundenen Katholiken als Kernklientel der Unionsparteien verursacht also auch hier ein ökologisches Dealignment.

Im Gegensatz dazu beschreibt der Terminus *sektorales Dealignment* eine abnehmende Prägekraft der Großgruppen bzw. der dazugehörigen Sozialmilieus auf das Wahlverhalten<sup>28</sup> und somit eine qualitativ abnehmende Bindung zwischen Partei und Großgruppe. In Westdeutschland sank zum Beispiel der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die bei einer Bundestagswahl SPD wählten, von 68 Prozent im Jahr 1976 auf 56 Prozent im Jahr 2002 ab. Von allen Arbeitern gaben 1976 noch 55 Prozent ihre Zweitstimme der SPD, während bei der Bundestagswahl 2002 nur noch 45 Prozent der Arbeiterschaft ihr Kreuz bei der SPD machten. In Ostdeutschland konnte allerdings unter der Arbeiterschaft eine Zunahme der SPD-Wähler beobachtet werden, wobei aber nicht unerwähnt bleiben sollte, dass trotz des

---

<sup>24</sup> Vgl. Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus: Wahlen und Wählerverhalten, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 83.

<sup>25</sup> Siehe hierzu Anhang 3, S. 21

<sup>26</sup> Vgl. Funk, Lothar: Der neue Strukturwandel: Herausforderung und Chance für die Gewerkschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47-48/2003, S. 18.

<sup>27</sup> Siehe hierzu Anhang 4, S. 21.

<sup>28</sup> Vgl. Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus: a.a.O., S. 83.

Anstieges von 25 Prozent (1990) auf 40 Prozent (2002) die Quoten immer noch unter den westdeutschen Werten liegen.<sup>29</sup> Für die kirchengebundenen Katholiken kann in Westdeutschland ebenfalls eine Abnahme der Parteiunterstützung festgestellt werden. Aus dieser Gruppe wählten 1976 noch 84 Prozent die CDU bzw. CSU; 26 Jahre später taten dies noch 73 Prozent. Wenn man die Kirchengangshäufigkeit nicht beachtet, lässt sich im gleichen Zeitraum ein Rückgang der die Unionsparteien wählenden Katholiken von 63 Prozent auf 53 Prozent konstatieren. Für den Osten Deutschlands ist dabei eine ähnliche Abnahme auf niedrigerem Niveau feststellbar.<sup>30</sup> Wie die Daten zeigen, konnte mit einer Ausnahme ein sektorales Dealignment in der Bundesrepublik nachgewiesen werden. Dies darf jedoch nicht zu der Schlussfolgerung führen, dass die Bindung zwischen den genannten Parteien und ihren Kernklientels nicht mehr existiert. Denn auch bei der letzten Bundestagswahl wählten die angesprochenen Gruppen deutlich überdurchschnittlich „ihre“ Parteien.<sup>31</sup> Nur durch den oben beschriebenen Prozess des ökologischen Dealignments verringert sich eben die Zahl der in diesen Gruppen befindlichen Personen, sodass der Anteil dieser Gruppen an der gesamten Wählerschaft einer Partei immer geringer wird.

Als Ursache für die dennoch abnehmende Wirkungskraft der sozialen Umgebung auf das individuelle Verhalten wird unter anderem die positive Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik angeführt, die zu einer Erhöhung des Wohlstandsniveaus (gefördert durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates) und Verringerung der Arbeitszeit geführt hat. Als Folge dessen verloren die verschiedenen sozialen Klassen ihren determinierenden und begrenzenden Charakter, womit die Möglichkeit zur einer individuelleren Lebensweise verbunden war. Außerdem differenzierten sich die Soziallagen seit den siebziger Jahren zunehmend aus, sodass homogene und typische Sozialinteressen immer seltener wurden.<sup>32</sup> Ein anderer Grund für das sektorale Dealignment stellt die *Bildungsexpansion* bzw. kognitive Mobilisierung der Bevölkerung in den sechziger und siebziger Jahren dar, die das selbstbestimmte Planen und Gestalten des eigenen Lebens sowie das Herauslösen aus tradierten Lebensformen gefördert haben. Sichtbar wird diese kognitive Mobilisierung u.a. an dem Anteil der Personen mit Abitur. Dieser nahm in Westdeutschland innerhalb von 40 Jahren von ca. 5 Prozent auf ca. 25 Prozent zu.<sup>33</sup> Die soziale, regionale und berufliche Mobilität stieg als Folge dieser Entwicklung an und begünstigte damit die Pluralisierung der Lebensstile. Eine letzte wichtige

---

<sup>29</sup> Vgl. Saalfeld, Thomas: Party Identification and the Social Base of Voting Behaviour in the 2002 Bundestag Election, in: German Politics, 13 (2004), S. 170-200, hier S. 180 f.

<sup>30</sup> Vgl. ebd.

<sup>31</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 18. September 2005, Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen 2005, S. 68 ff.

<sup>32</sup> Vgl. Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus: a.a.O., S. 86.

<sup>33</sup> Siehe hierzu Anhang 5, S. 22.

Ursache für sektorales Dealignment wird in der Verbreitung elektronischer Massenmedien gesehen, wodurch eine vom sozialen Milieu losgelöstere Meinungsbildung möglich war (*Medienexpansion*).<sup>34</sup> Insbesondere die Ausbreitung des Fernsehens und das Aufkommen von privaten Rundfunksendern führten zu einer erhöhten Medienreichweite und Mediennutzung, wodurch die persönlichen Gespräche als politische Informationsquelle an Bedeutung verloren haben.<sup>35</sup>

Die zurückgehende Prägekraft der Sozialmilieus auf das Verhalten der Individuen kommt dabei nicht nur durch die Wahlentscheidung selber zum Ausdruck, sondern wird vor allem auch durch den zahlenmäßigen Rückgang von Parteiidentifizierer vermittelt. In Westdeutschland sank der Anteil der Personen mit starker Parteibindung von ca. 50 Prozent in den siebziger Jahren auf nur noch rund 30 Prozent im Jahr 1998 ab. Dabei wurden die intensiven Parteibindungen überwiegend durch schwache Parteiidentifikationen ersetzt, sodass vor allem von einem qualitativen Dealignment gesprochen werden kann.<sup>36</sup> In Ostdeutschland fällt der Anteil der Parteiidentifizierer dabei deutlich geringer aus als im Westen Deutschlands.<sup>37</sup> Die Ursachen dieser Entwicklung wurden weiter oben schon genannt und ergeben sich aus der Verknüpfung des sozialen Wandels mit der Parteiidentifikation. Die Erosion bestimmter Bevölkerungssegmente und Milieus führt dazu, dass immer weniger homogene Umfelder existieren, in denen sich feste Parteiloyalitäten ausbilden können. Zudem werden die Stimmbürger durch die kognitive Mobilisierung und durch die Medienexpansion in die Lage versetzt, unabhängiger von der Parteiidentifikation politische Entscheidungen zu treffen.<sup>38</sup>

Neben den eben beschriebenen Dealignment-Prozessen, die einen ungebundenen „apartisan-Wähler“ zur Folge haben, wird in der Literatur auch über die Möglichkeit eines Realignment gesprochen. Damit wird die Neuordnung von Parteien und Wähler beschrieben, die über ein neu entstandene Werte-Cleavage vermittelt wird. Diese grenzt „Materialisten“ (neue Rechte) und „Postmaterialisten“ (neue Linke) voneinander ab, wobei sich die Grünen beispielsweise als Vertreter der neuen Linken etabliert haben. Inwieweit diese Entwicklungen den Verlust der alten Kernklientels der Parteien kompensieren können, ist jedoch insbesondere für die beiden Volksparteien fraglich.

---

<sup>34</sup> Vgl. ebd., S. 87 f.

<sup>35</sup> Vgl. Schulz, Winfried/Zeh, Reimar/Quiring, Oliver: Wählerverhalten in der Mediendemokratie, in: Klein, Markus u.a. (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000, S. 415 ff.

<sup>36</sup> siehe hierzu Anhang 6, S. 22.

<sup>37</sup> Vgl. Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W.: a.a.O., S. 264 f.

<sup>38</sup> Vgl. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: a.a.O., S. 77.

## 3.2. Folgen des Wählerwandels für das Wechselwahlverhalten

### 3.2.1. Makrosoziologische Perspektive

Makrosoziologische Erklärungsansätze gehen davon aus, dass das Wahlverhalten durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialstrukturellen Großgruppe maßgeblich beeinflusst wird. Wie im Abschnitt 3.1. bereits angedeutet wurde, ist die Grundlage dieser Annahmen die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan, wonach Konfliktlinien bestimmte soziale Gruppierungen in einer Gesellschaft voneinander trennen. Dabei werden die unterschiedlichen Interessen der Großgruppen durch verschiedene Parteien vertreten, was nicht selten zu einer dauerhaften Koalition zwischen Gruppierung und Partei führt.<sup>39</sup>

In der Logik dieses Ansatzes müsste eine Zunahme wechselnden Wahlverhaltens eine direkte Folge des ökologischen Dealignments sein. Denn im wahlsoziologisch interpretierten Cleavage-Ansatz werden Stammwähler in den Gruppen verortet, die ein Bündnis mit einer politischen Partei eingegangen sind, während Wechselwähler vor allem bei den ungebundenen Gruppen gesucht werden.<sup>40</sup> Da mit dem in Punkt 3.1. beschriebenen Prozess automatisch die zuletzt genannte Gruppe zunimmt, sollte folglich auch der Wechselwähleranteil steigen. Allerdings konnte ein solcher direkter Zusammenhang zwischen veränderter Sozialstruktur und steigender Wechselwahl in der Empirie nicht nachgewiesen werden. Bei der Bundestagswahl 1998 zeigten die neue Mittelschicht (vor allem Angestellte und Beamte) und Areligöse beispielsweise keine deutlich höhere Wechselaktivität als Arbeiter und Kirchengebundene.<sup>41</sup> Ähnliche Befunde bezüglich der Berufsstruktur wurden auch für die Bundestagswahl 1990 festgestellt.<sup>42</sup> Wenngleich die Untersuchungsergebnisse also keinen direkten Zusammenhang zwischen Gruppenzugehörigkeit und Wechselrate dokumentieren, so sollte deswegen nicht auf eine Wirkungslosigkeit des (ökologischen) Dealignment-Ansatzes zur Erklärung zunehmender Wechselwahl geschlossen werden. Denn zum einen existiert ein Effekt zwischen Sozialstruktur und Parteiidentifikation, d.h. die zurückgehenden Parteibindungen in Deutschland sind auch Folge des sozialen Wandels in der Bundesrepublik.<sup>43</sup> Die Frage, ob eine zurückgehende Parteiidentifikation wiederum Auslöser einer steigenden Wechselaktivität ist, soll hierbei im Abschnitt 3.2.3. beantwortet werden.

---

<sup>39</sup> Vgl. Pappi, Franz Urban: Konfliktlinien, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, Bonn: Beck 2002, S. 251.

<sup>40</sup> Vgl. Schoen, Harald: Wechselwahl, a.a.O., S. 376.

<sup>41</sup> Vgl. Schoen, Harald/Falter Jürgen W.: It's time for a change!, in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 70 ff.

<sup>42</sup> Vgl. Zelle, Carsten: a.a.O., S. 169 f.

<sup>43</sup> Vgl. Schoen, Harald: Wählerwandel und Wechselwahl., a.a.O., S. 118 f.

Zum anderen wirken die beschriebenen Wandlungsprozesse in vielerlei Hinsicht auch auf der Mikroebene.

### **3.2.2. Mikrosoziologische Perspektive**

Aus mikrosoziologischer Perspektive wird das Wählerverhalten des Individuums durch die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen erklärt. Jede Person befindet sich demnach in unterschiedlichen sozialen Kreisen, die prägend auf das politische Verhalten wirken. Solche sozialen Kreise können zum Beispiel über den Arbeitsplatz, die Konfession, den Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis sowie die Zugehörigkeit zu gleichaltrigen Gruppen definiert werden. Ein System konzentrierter Kreise bezeichnet dabei eine Konstellation, in welcher die verschiedenen sozialen Kreise in gleiche politische Richtungen wirken. Das Gegenteil davon ist eine Struktur sich kreuzender sozialer Kreise, wo der Wähler unter mehreren einander widerstreitenden Einflüssen steht (sog. cross-pressure-Situationen).<sup>44</sup> Dabei lassen sich die entlang der Konfliktlinien organisierten sozialen Gruppen auch als relativ homogene soziale Milieus auffassen, in denen dann die einzelnen Individuen eingebunden sind.

Wechselndes Wahlverhalten entsteht bei dem mikrosoziologischen Modell vor allem bei Personen, die sich in solchen Cross-pressure-Situationen befinden. Denn die unterschiedlichen Einflüsse verschiedener sozialer Kreise erschweren das Herausbilden einer eindeutigen Wahlabsicht und lassen wechselndes Stimmverhalten wahrscheinlicher werden. Sichtbar wird dieser destabilisierende Einfluss unter anderem dadurch, dass Personen in solchen Konstellationen häufiger in ihrer Wahlabsicht schwanken und ihre Wahlentscheidung vergleichsweise spät treffen. Denn wenn das soziale Umfeld relativ homogen ist und seine politischen Präferenzen mit denen des Individuums übereinstimmen, dann ergibt sich ein stabileres Stimmverhalten als wenn ein Kontakt des Wählers zu politisch andersdenkenden Personen besteht.<sup>45</sup> Die Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile bzw. der sozialstrukturelle Wandel führen nun dazu, dass immer weniger Menschen in homogenen Umwelten leben, welche die politischen Ansichten festigen. Die regionale und soziale Mobilität sorgt also für eine Erosion einheitlicher Sozialmilieus und damit für eine Destabilisierung des Wahlverhaltens.<sup>46</sup> Zwar versuchen die Individuen die Komplexität der sozialen Umwelt durch das Schaffen eines relativ einheitlichen Umfelds zu reduzieren, jedoch wird dies aufgrund der beschriebenen Prozesse zunehmend schwieriger. Auch eine durch die eigenen Positionen gefärbte selektive Wahrnehmung von Informationen wird durch die

---

<sup>44</sup> Vgl. Kaltefleiter, Werner/Nissen, Peter: Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Praxis, Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh 1980, S. 104 ff.

<sup>45</sup> Vgl. Schoen, Harald: Wechselwahl, a.a.O., S. 377 f.

<sup>46</sup> Vgl. ebd., S. 378.

Medienexpansion erschwert, was zu einer weiteren Lockerung des Stimmverhaltens führen kann.<sup>47</sup> Das sektorale Dealignment sorgt zusätzlich noch dafür, dass selbst homogene Kreise kein Garant mehr für eine stabile politische Präferenz sind. Zusammenfassend kann der mikrosoziologische Ansatz also Erklärungen für steigendes Wechselwahlverhalten liefern. Darüber hinaus ergibt sich auch diesmal ein negativer Effekt auf die Parteienidentifikation, sodass in der sozialpsychologischen Betrachtungsweise weitere Auswirkungen zu erwarten sind.

### 3.2.3. Sozialpsychologische Perspektive

Der sozialpsychologische Erklärungsansatz rückt individualpsychologische Variablen in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Demnach wird das Wahlverhalten durch die Determinaten-Trias Parteiidentifikation (PI), Kandidatenorientierung und Sachfragenorientierung bestimmt. Die Sozialstruktur sowie die persönlichen und politischen Erfahrungen prägen dabei als vorgelagerte Faktoren die Parteipräferenz, die wiederum als Wahrnehmungsfilter bei der Kandidaten- und Sachfragenbeurteilung fungiert. Dadurch wirkt die Parteiidentifikation stabilisierend auf das Wahlverhalten.<sup>48</sup> Wechselwähler werden deshalb im Ann-Arbor-Modell auch unter den Personen ausgemacht, die keine oder nur eine schwache Parteiloyalität besitzen. Der Rückgang der Parteibindungen, wie er im Abschnitt 3.1. beschrieben wurde, führt nun zu einem Anstieg der Wechselwahl. Denn die empirischen Wechselraten und die anhand der Parteibindung vorhergesagten Wechselraten (Regressionsmodell) stimmen weitestgehend überein.<sup>49</sup> Dabei kann bei dieser bivariaten Beziehung in moderatem Maße auch von einer Ursache-Wirkung Beziehung gesprochen werden. D.h. die zurückgehenden Parteibindungen destabilisieren das Wahlverhalten und lassen wechselndes Wahlverhalten wahrscheinlicher werden, da kurzfristige Variablen wie Themen- und Kandidatenorientierung eine größere Bedeutung für das Stimmverhalten bekommen. Da sich diese im Gegensatz zur Parteiidentifikation schneller ändern können und auch relativ leicht zu beeinflussen sind, nimmt wechselndes Wahlverhalten somit zu. Zudem ist das Aufkommen von attitudinalen cross-pressure-Situationen (die Komponenten weisen in unterschiedliche politische Richtungen) durch das Fehlen der Parteibindung mit seiner Filterfunktion in höherem Maße zu erwarten, wodurch ein konstantes Wahlverhalten ebenfalls nicht gefördert wird. Jedoch darf man aus dem Rückgang der Parteiidentifikation in Deutschland nicht zwangsläufig auf

---

<sup>47</sup> Vgl. Kaltefleiter, Werner/Nissen, Peter: a.a.O., S. 109.

<sup>48</sup> Vgl. Roth, Dieter: Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 36 ff.

<sup>49</sup> Vgl. Schoen, Harald: Wählerwandel und Wechselwahl, a.a.O., S. 255 ff.

einen Anstieg der Wechselwahl schließen.<sup>50</sup> Da im sozialpsychologischen Ansatz vor allem auch ein Einstellungswandel die Wechselwahl wahrscheinlicher werden lässt, kann Einstellungskonsistenz bei der Themen- und Kandidatenbeurteilung trotz fehlender Parteibindung ein stabiles Wahlverhalten verursachen. Summa summarum kann dennoch konstatiert werden, dass auch das Ann-Arbor-Modell mit der Parteiidentifikation seinen Teil zur Erklärung der zunehmenden Wechselwahl beitragen kann. Da die Parteibindung eng mit sozialen Faktoren verbunden ist, liegen die Ursachen einer zurückgehenden Parteiidentifikation vor allem in sozialstrukturellen Faktoren.

### **3.4. Angebotsorientierte Erklärungsansätze**

Bisher wurden die Ursachen für einen Anstieg der Wechselwahl ausschließlich auf Seiten der Wählerschaft gesucht. Ein sozial begründeter Wählerwandel führte hier zu einer Zunahme der Wechselwahl. Einen anderen Weg wählt der rationalistische Ansatz, der die Wahlentscheidung vor allem auf Angebotsfaktoren zurückführt. Demnach gelten die Präferenzen der Menschen als stabil, während Veränderungen auf der Angebotsseite zu einem wechselnden Wahlverhalten führen können. Das individuelle Kosten-Nutzen-Kalkül wählt dabei je nach Handlungssituation die rationalste Option zur Zielerreichung. Die Parteiprogramme und das reale Regierungshandeln der vergangenen Legislatur (im Vergleich zum vermuteten Handeln der Opposition im Falle des Machtbesitzes) dienen hierfür u.a. als Entscheidungshilfe.<sup>51</sup> Da sich die empirische Evidenz dieses Ansatzes für die Erklärung der Wechselwahl weitestgehend bestätigt hat<sup>52</sup>, kann das von Downs entwickelte Modell auch einen Beitrag zur Erklärung der steigenden Wechselrate liefern. Demnach müsste die Volatilität zunehmen, wenn die Angebotsseite des politischen Marktes instabiler wird bzw. wenn sich die (programmatischen) Positionen der Parteien verschieben. Für diese Explikation sprechen einige Anhaltspunkte. Wie im Kapitel 2 aufgezeigt wurde, stieg 1983 der Wechselwähleranteil relativ deutlich an. Zuvor hatte die FDP einen Koalitionswechsel vorgenommen (von der SPD zur Union) und die Grünen waren durch einige Wahlerfolge in den vorangegangenen Landtagswahlen als neue Option auf der Angebotsseite entstanden. Beide Faktoren stehen dabei in einem engen Zusammenhang mit der erhöhten Wechselrate des Jahres 1983.<sup>53</sup> Ein anderer Beleg für die empirische Relevanz von angebotsorientierten Erklärungsansätzen findet sich in der teilweisen programmatischen Umorientierung der SPD in der 15. Wahlperiode. Die Ankündigung und Umsetzung der Agenda 2010 *nach* der

---

<sup>50</sup> Vgl. ebd., S. 260.

<sup>51</sup> Vgl. Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus: a.a.O., S. 108 ff.

<sup>52</sup> Vgl. Schoen, Harald: Wechselwahl, a.a.O., S. 381 f.

<sup>53</sup> Vgl. Zelle, Carsten: Der Wechselwähler, a.a.O., S. 121 f.

Bundestagswahl 2002 wurde von Teilen der SPD-Wählerschaft subjektiv als Politikwechsel von einer eher staatsinterventionistischen Sozialpolitik hin zu einer eher liberaleren Position interpretiert. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Wählerwanderung einiger Stimmbürger von der SPD zur Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 auch als Reaktion auf eine Änderung der Angebotsfaktoren interpretiert werden.

Weitere Effekte dieses Ansatzes ergeben sich durch die Verknüpfung mit anderen Modellen. Zum einen wird der Rückgang der Parteiidentifikationen auch als Folge von politischen Entscheidungen interpretiert. Die programmatische Annäherung der beiden Volksparteien, aber auch politische Skandale und Enttäuschungen werden zum Beispiel häufig als Ursachen für zurückgehende Parteibindungen genannt.<sup>54</sup> Die zunehmende Personalisierung des politischen Prozesses auf der Angebotsseite kann überdies dazu führen, dass kandidatenzentriertes Wählen gegenüber der eher parteiorientierten Stimmenabgabe einen Bedeutungszuwachs erfährt, wodurch die Volatilität aufgrund der Kurzfristigkeit der Personenwahl zunimmt.<sup>55</sup> Zudem können Einstellungsänderungen, die im sozialpsychologischen Ansatz die Wechselwahl am Besten erklären, auch Reaktion auf politische Veränderungen sein. In den soziologischen Ansätzen kann die zurückgehende Bindungskraft von Großgruppen bzw. Milieus ebenfalls auf Angebotsfaktoren zurückgeführt werden, indem die Parteipositionen nicht mehr die ideellen und materiellen Interessen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe vertreten.<sup>56</sup>

### **3.5. Zusammenfassung**

Resümierend betrachtet führen eine ganze Reihe von Faktoren zu einem Anstieg der Wechselwahl. Der soziale Wandel, der die Bevölkerungsgruppen schrumpfen und homogene soziale Milieus erodieren lässt, destabilisiert das Wahlverhalten. Durch die kognitive Mobilisierung und die Medienexpansion wurden die Stimmbürger zudem in die Lage versetzt unabhängiger von sozialen Determinanten, die auf das Wahlverhalten stabilisierend wirken können, ihre Wahlentscheidung zu treffen. Vermittelt wird dieser Effekt insbesondere durch eine zurückgehende Zahl von Parteiidentifizieren. Da eine fehlende Parteibindung die Wechselwahl wahrscheinlicher werden lässt, konnte ein Zusammenhang zwischen steigender Wechselrate und sinkenden Parteiloyalitäten festgestellt werden. Die sozialstrukturellen

---

<sup>54</sup> Vgl. Schoen, Harald: Wählerwandel und Wechselwahl, a.a.O., S. 119.

<sup>55</sup> Vgl. Zelle, Carsten: Modernisierung, Personalisierung, Unzufriedenheit: Erklärungsversuche der Wechselwahl bei der Bundestagswahl 1994, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 251.

<sup>56</sup> Vgl. Pappi, Franz Urban: Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotenzial?, in: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.), Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen: Leske + Budrich 2002, S. 35.

Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und die im Vergleich zum Westen geringe Zahl der Parteiidentifikationen führen nun dazu, dass die Wechselrate in Ostdeutschland höher ausfällt als im Westen. Die Zunahme wechselnden Wahlverhaltens ist dabei kein von der Politik losgelöster Prozess. Auch Veränderungen jenseits der Nachfrageseite können zu einem Anstieg der Wechselwahl beitragen. Allerdings führt der Wählerwandel auch erst dazu, dass ein erhöhtes Reaktionspotenzial auf Angebotsänderungen entstehen konnte. Es zeigt sich also, dass erst die Verknüpfungen der verschiedenen Erklärungsmodelle einen umfassenden Beitrag zur Explikation des erhöhten Wechselwahlverhaltens leisten können.

#### **4. Konsequenzen steigender Wechselwahl**

Die steigende Volatilität bringt für die Parteien in Deutschland neue Herausforderungen mit sich. Zum einen können insbesondere die beiden Volksparteien immer weniger auf einen festen Kern von Stammwählern zurückgreifen. Durch den Rückgang der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und kirchengebundenen Katholiken bzw. Christen müssen SPD und Union im zunehmenden Maße von Wahl zu Wahl immer wieder neue Wähler(-gruppen) mobilisieren, um ihre Stimmenanteile halten zu können. Dies führt zu einer offenen Wettbewerbssituation zwischen den Parteien.<sup>57</sup> Da in dieser Konstellation zusätzlich noch situationsbezogene und kurzfristige Faktoren eine größere Rolle für die Wahlentscheidung spielen, entscheidet der Wahlkampf der Parteien immer mehr über Sieg und Niederlage bei einer Bundestagswahl. Insofern nehmen die Anforderungen an das Media-Agenda-Setting und Ereignismanagement der Parteien zu, da potenzielle Wechselwähler über medial geführte Kampagnen relativ leicht zu erreichen sind.<sup>58</sup> Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich aus der erhöhten Wechselrate des weiteren noch besondere Konsequenzen. Da wechselndes Stimmverhalten im Bundesstaat nicht nur zwischen zwei Bundestagswahlen stattfinden kann, sondern auch zwischen Bundes- und Landtagswahlen, reagiert der Wähler mit seinem Stimmverhalten in den Landtagswahlen häufig direkt auf die aktuelle Bundespolitik. Die im Bund regierenden Parteien erleiden so mitunter drastische „midterm-Verluste“ zwischen den Bundestagswahlen.<sup>59</sup> Da Wahlniederlagen bei Landtagswahlen sich durch den Bundesrat auch auf die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung auswirken, vermeiden es die Parteien häufig, notwendige und schmerzhaft

---

<sup>57</sup> Vgl. Niedermayer, Oskar: Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems bis nach der Bundestagswahl 2002, in: ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen: Leske + Budrich 2003, S. 36.

<sup>58</sup> Vgl. Jung, Matthias/Wolf, Andrea: Der Wählerwille erzwingt die große Koalition, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/2005, S. 4

<sup>59</sup> Vgl. Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 2003, S. 202.

Reformen in Wahlkampfzeiten anzukündigen bzw. durchzuführen, um auf diese Weise einer Bestrafung durch die Wählerschaft aus dem Weg zu gehen. Dies führt allerdings zu einem weiteren Vertrauensverlust in die Parteien und somit zu einer Zunahme der Wechselrate durch die zurückgehenden Parteibindungen.<sup>60</sup> Dieser Effekt wird durch die unterschiedlichen Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat noch verschärft. Denn die Inkongruenz der parteipolitischen Zusammensetzung in den beiden Institutionen schwört Blockadesituationen und fragwürdige Kompromisse herauf, welche auch das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Parteien weiter verringert. Bei der Bundestagswahl 2005 gab es jedoch erstmals Ansätze, diesen Teufelskreis zu durchbrechen und das Bilden einer großen Koalition bietet zudem die Chance, wenigstens kurzzeitig das Problem divergierender Mehrheitsverhältnisse auszublenden. Wechselndes Wahlverhalten zwischen den Bundestagswahlen beschränkt sich dabei aber nicht nur auf die föderale Ebene, sondern findet auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Denn diese werden nicht nur in Deutschland sehr häufig dazu benutzt, um mit der Politik der amtierenden Bundesregierung abzurechnen. Die hohen Wählerwanderungsraten bei Europawahlen folgen dabei auch der geringen Bedeutungszumessung für das Europaparlament durch die Stimmbürger. Dies ist umso problematischer, als dass die europäische Ebene immer größere Relevanz für das politische System der Bundesrepublik Deutschland bekommt.<sup>61</sup> Die Wechselwahl besitzt also nicht nur positive Aspekte für das politische System (s. Einleitung), sondern kann in erhöhtem Maße auch negative Konsequenzen mit sich bringen.

## 5. Schluss

Ausgehend von der Frage, ob die Volatilität in Deutschland zugenommen hat, konnte eine steigende Wechselrate in der Bundesrepublik festgestellt werden. Der in der Literatur oft beschriebene dramatische Anstieg der Wechselwahl hat bei Bundestagswahlen allerdings nicht stattgefunden. Aussagen über eine deutliche Zunahme der Volatilität müssen aber insofern nicht falsch sein, als dass die Wechselbereitschaft bei Landtagswahlen oft erheblich höher ausfällt als bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag. So verzeichneten die Parteien in der Ära Schröder auf Landesebene häufig deutliche Stimmverluste bzw. -zuwächse.<sup>62</sup> Die Hausarbeit hat auch gezeigt, dass die Ursachen für die Zunahme der Volatilität auf Bundesebene zum einen im Wählerwandel begründet liegen, der das Elektorat von festen

---

<sup>60</sup> Vgl. Saalfeld, Thomas: a.a.O., S. 194 ff.

<sup>61</sup> Vgl. Neu, Viola: Die Europawahl am 13.06.2004. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland vom 13. Juni 2004, Online-Publikation: Konrad-Adenauer-Stiftung 2004, S. 2 ff. ([http://www.kas.de/publikationen/2004/5721\\_dokument.html](http://www.kas.de/publikationen/2004/5721_dokument.html) vom 08.03.06)

<sup>62</sup> Vgl. <http://www.election.de/ltw99.html> vom 09.03.06

Strukturen und Bindungen löst und auf diese Weise stabiles Wahlverhalten seltener werden lässt. Zum anderen fördern auch politische Faktoren den Anstieg der Wechselwahl. Eine häufig gestellte Frage in diesem Zusammenhang ist, ob Wechselwähler eher zu den politisch interessierten Wählern gezählt werden müssen oder ob sie sich vielmehr durch politisches Desinteresse auszeichnen. Auch wenn diese Frage nicht Gegenstand der Hausarbeit war, sei hier erwähnt, dass die Gruppe der Wechselwähler relativ heterogen ist und dass somit beide Einschätzungen zutreffend sind.<sup>63</sup> Die steigende elektorale Beweglichkeit bringt dabei ernstzunehmende Folgeerscheinungen für das politische System der Bundesrepublik Deutschland mit sich. Die Angst, bei notwendigen Reformen von der Wählerschaft bestraft zu werden (gefördert durch eine Echo-Demoskopie), führen zu einer Verunsicherung der Politik, die wiederum wechselndes Wahlverhalten begünstigen kann. Die Politik kann jedoch diesen Prozess teilweise beeinflussen und somit auch das Wahlverhalten stabilisieren. Insofern darf der Kurvenverlauf der Wechselrate nicht deterministisch gelesen werden. Wenn die Einstellungen des Wählers konstant bleiben und die Issue- und Kandidatenorientierungen in die gleiche Richtung weisen, kann die Wechselwahl unter einem stabilisierend wirkenden politischen Angebot durchaus sinken. Jedoch ist dies durch die im Kapitel 3 beschriebenen Entwicklungen und durch die in den nächsten Jahren weiterhin bestehende Notwendigkeit zu schmerzhaften Reformen unwahrscheinlicher geworden. Wechselndes Wahlverhalten wird somit die empirische Wahlforschung und die politischen Akteure auch in Zukunft weiter beschäftigen.

---

<sup>63</sup> Vgl. Schoen, Harald: Wechselwahl, a.a.O., S. 386.

## Literaturverzeichnis

- ARZHEIMER, KAI/FALTER, JÜRGEN W.: „Goodbye Lenin?“ Bundes- und Landtagswahlen seit 1990: Eine Ost-West-Perspektive, in: FALTER, JÜRGEN W./GABRIEL, OSCAR W./WESSELS, BERNHARD (HRSG.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005.
- BECK, ULRICH/BECK-GERNSHEIM, ELISABETH: Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie, in: DIES. (HRSG.), Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1994.
- BÜRKLIN, WILHELM/KLEIN, MARKUS: Wahlen und Wählerverhalten, Opladen: Leske + Budrich 1998.
- DALTON, RUSSELL J./BECK, PAUL ALLEN/FLANAGAN, SCOTT C.: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies, in: DIES. (HRSG.), Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment, Princeton University Press 1984
- FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E.V.: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 18. September 2005, Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen 2005.
- FUNK, LOTHAR: Der neue Strukturwandel: Herausforderung und Chance für die Gewerkschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47-48/2003.
- JUNG, MATTHIAS/WOLF, ANDREA: Der Wählerwille erzwingt die große Koalition, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/2005.
- JUNG, MATTHIAS: Der Wechselwähler – das unbekannte Wesen, in: Wehling, Hans-Georg (Red.), Wahlverhalten, Stuttgart u.a.: Verlag W. Kohlhammer 1991.
- KALTEFLEITER, WERNER/NISSEN, PETER: Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Praxis, Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh 1980.
- KELLERMANN, CHARLOTTE/RATTINGER, HANS: „Round up the usual suspects“: Die Bedeutung klassischer Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2002, in: FALTER, JÜRGEN W./GABRIEL, OSCAR W./WESSELS, BERNHARD (HRSG.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005.
- KORT-KRIEGER, UTE: Wechselwähler. Verdrossene Parteien – Routinierte Demokraten, Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft 1994.
- MÜLLER, WOLFGANG: Sozialstrukturelle Cleavages bei Bundestagswahlen in Theorie und Empirie. Persistenz, Realignment oder Dealignment?, Frankfurt am Main u.a.: Lang 1999.
- NEU, VIOLA: Die Europawahl am 13.06.2004. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland vom 13. Juni 2004, Online-Publikation: Konrad-Adenauer-Stiftung 2004.
- NIEDERMAYER, OSKAR: Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems bis nach der Bundestagswahl 2002, in: DERS. (HRSG.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen: Leske + Budrich 2003.
- NOELLE-NEUMANN, ELISABETH/PETERSEN, THOMAS/HAUMANN, WILHELM: Wahlkampf seit 1995. In drei Stufen zum Wahlsieg, in: DIES./KEPPLINGER, HANS MATTHIAS/DONSBACH, WOLFGANG (HRSG.), Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998, München/Freiburg: Verlag Karl Alber 1999.

- NOHLEN, DIETER: Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie der Wahlsysteme, Opladen: Leske + Budrich 2004.
- OEDEGAARD, INGVILL C.: Lebensstile, soziale Milieus und Wahlverhalten in Westdeutschland, in: KLEIN, MARKUS U.A. (HRSG.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000
- OHR, DIETER: Wahlen und Wählerverhalten im Wandel: Der individualisierte Wähler in der Mediendemokratie, in: GÜLLNER, MANFRED U.A. (HRSG.), Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005.
- PAPPI, FRANZ URBAN: Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotenzial?, in: BRETTSCHEIDER, FRANK/VAN DETH, JAN/ROLLER, EDELTRAUD (HRSG.), Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen: Leske + Budrich 2002.
- PAPPI, FRANZ URBAN: Konfliktlinien, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, Bonn: Beck 2002.
- ROTH, DIETER: Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden, Opladen: Leske + Budrich 1998.
- RUDZIO, WOLFGANG: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 2003.
- SAALFELD, THOMAS: Party Identification and the Social Base of Voting Behaviour in the 2002 Bundestag Election, in: German Politics, 13 (2004).
- SCHOEN, HARALD: Den Wechselwählern auf der Spur: Recall- und Paneldaten im Vergleich., in: VAN DETH, JAN/ RATTINGER, HANS/ROLLER, EDELTRAUD (HRSG.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit., Opladen: Leske + Budrich 2000.
- SCHOEN, HARALD: Wählerwandel und Wechselwahl. Eine vergleichende Untersuchung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003.
- SCHOEN, HARALD: Wechselwahl, in: FALTER, JÜRGEN W./DERS. (HRSG.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005.
- SCHULZ, WINFRIED/ZEH, REIMAR/QUIRING, OLIVER: Wählerverhalten in der Mediendemokratie, in: KLEIN, MARKUS U.A. (HRSG.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000.
- STÖSS, RICHARD: Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im „Superwahljahr“ 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997.
- ZELLE, CARSTEN: Der Wechselwähler. Eine Gegenüberstellung politischer und sozialer Erklärungsansätze des Wählerwandels in Deutschland und den USA, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995.
- ZELLE, CARSTEN: Modernisierung, Personalisierung, Unzufriedenheit: Erklärungsversuche der Wechselwahl bei der Bundestagswahl 1994, in: KAASE, MAX/KLINGEMANN, HANS-DIETER (HRSG.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998.
- ZELLE, CARSTEN: Steigt die Zahl der Wechselwähler? Trends des Wahlverhaltens und der Parteiidentifikation, in: RATTINGER, HANS (HRSG.), Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland, Frankfurt am Main u.a.: Lang 1994.

Internetseiten:

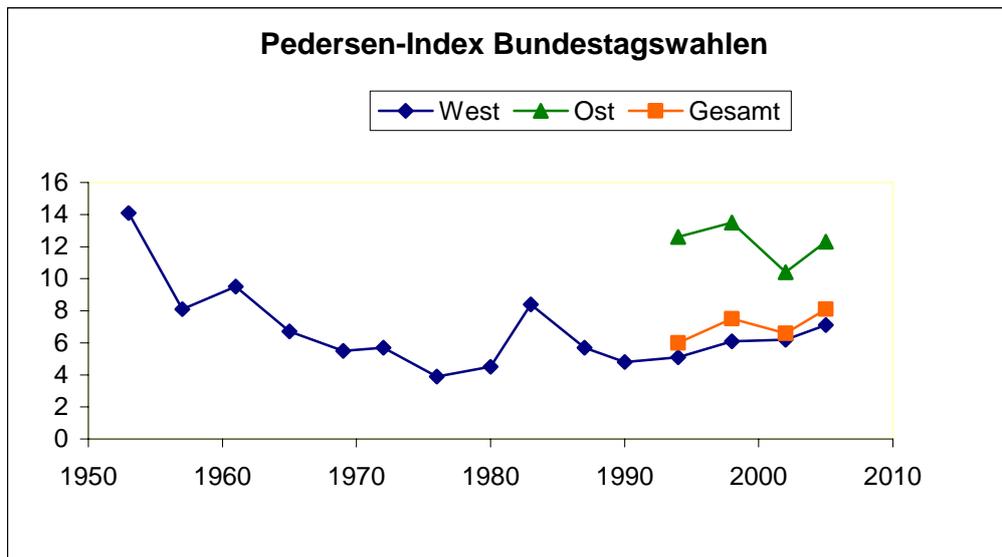
[http://www.kas.de/publikationen/2004/5721\\_dokument.html](http://www.kas.de/publikationen/2004/5721_dokument.html) vom 08.03.06

<http://www.election.de/ltw99.html> vom 09.03.06

## **Anhang**

Anhang 1: Pedersen-Index Bundestagswahlen 1953-2005 .....	20
Anhang 2: Wechselwahl Bundestagswahlen 1953-2002 .....	20
Anhang 3: Berufsstruktur der Erwerbstätigen in der BRD seit 1950.....	21
Anhang 4: Kirchengangshäufigkeit BRD (alte Bundesländer) 1953-96.....	21
Anhang 5: Anteil von Personen mit Abitur, 1961-2002 (Westdeutschland) .....	22
Anhang 6: Parteiidentifikation in Westdeutschland seit 1972 .....	22

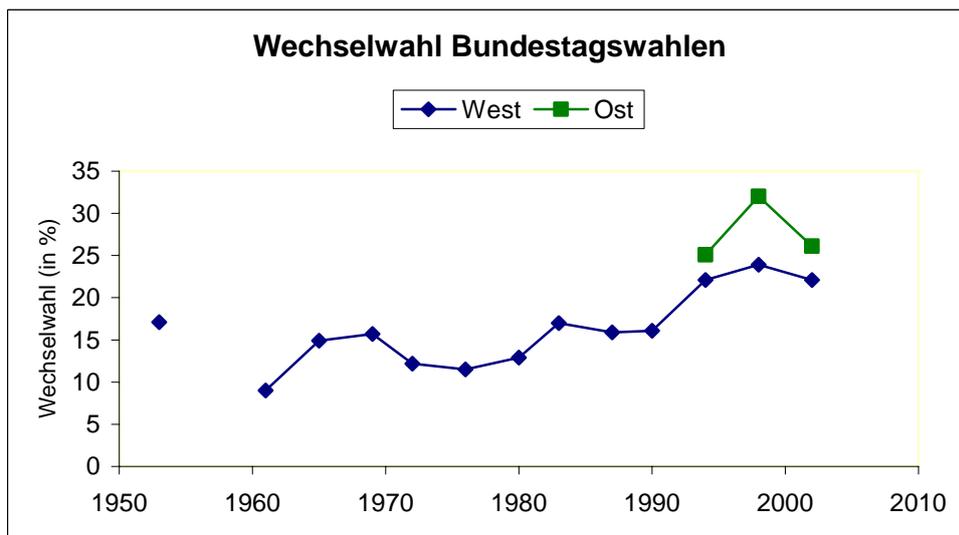
## Anhang 1: Pedersen-Index Bundestagswahlen 1953-2005



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der Daten von Zelle, Carsten: Der Wechselwähler, a.a.O., S. 121 f.; sowie Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W.: a.a.O., S. 260. Werte von 2005: eigene Berechnung (Kategorien CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, Linkspartei, Sonstige).

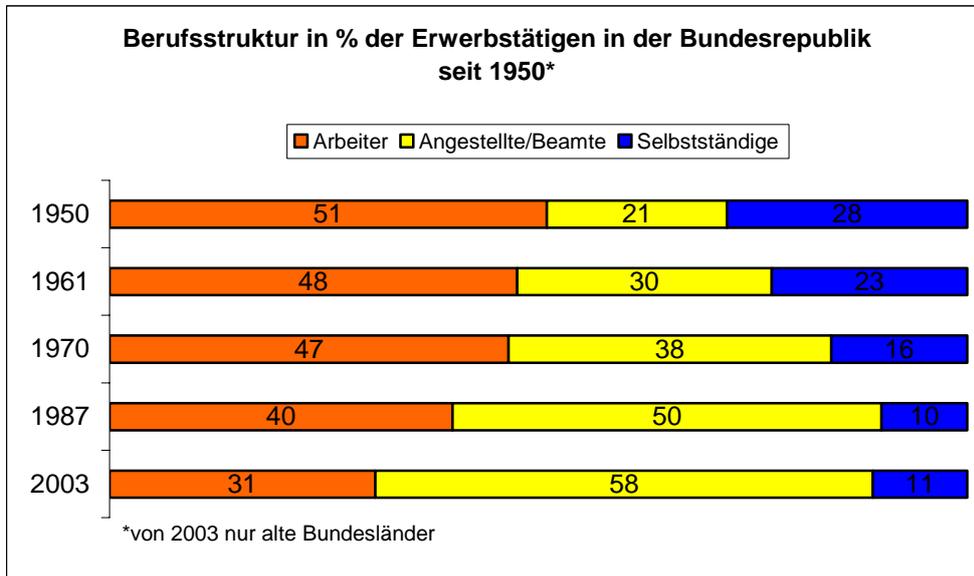
Die Zusammenführung der Werte ist aufgrund unbekannter Berechnungsgrundlage des Pedersen-Index bei Arzheimer/Falter problematisch, jedoch sollten mögliche Verzerrungen gering ausfallen.

## Anhang 2: Wechselwahl Bundestagswahlen 1953-2002



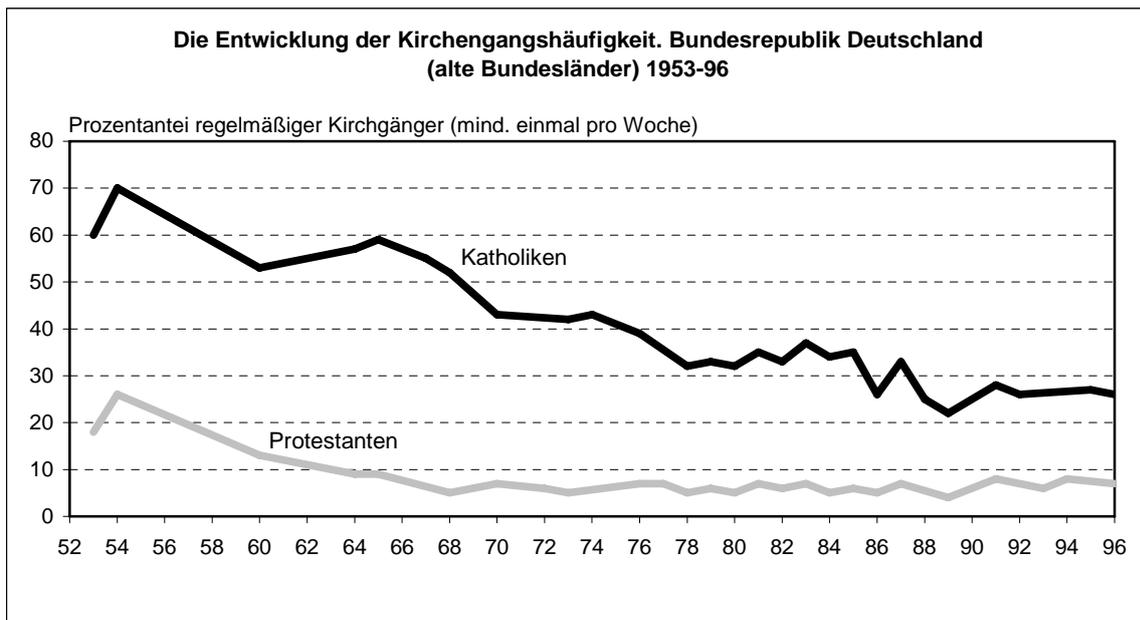
Quelle: Darstellung nach Schoen, Harald: Wechselwahl, a.a.O., S. 375.

### Anhang 3: Berufsstruktur der Erwerbstätigen in der BRD seit 1950



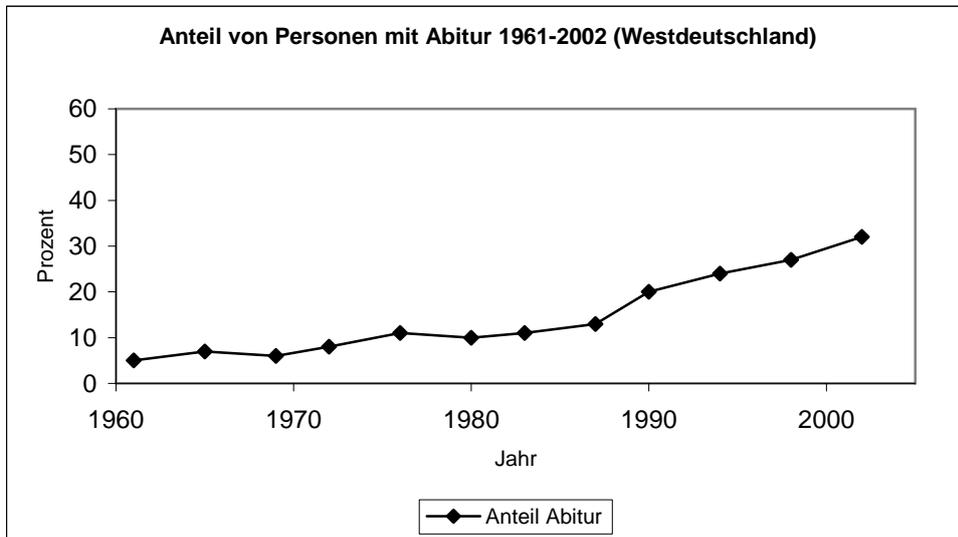
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 18. September 2005, Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen 2005, S. 100.

### Anhang 4: Kirchengangshäufigkeit BRD (alte Bundesländer) 1953-96



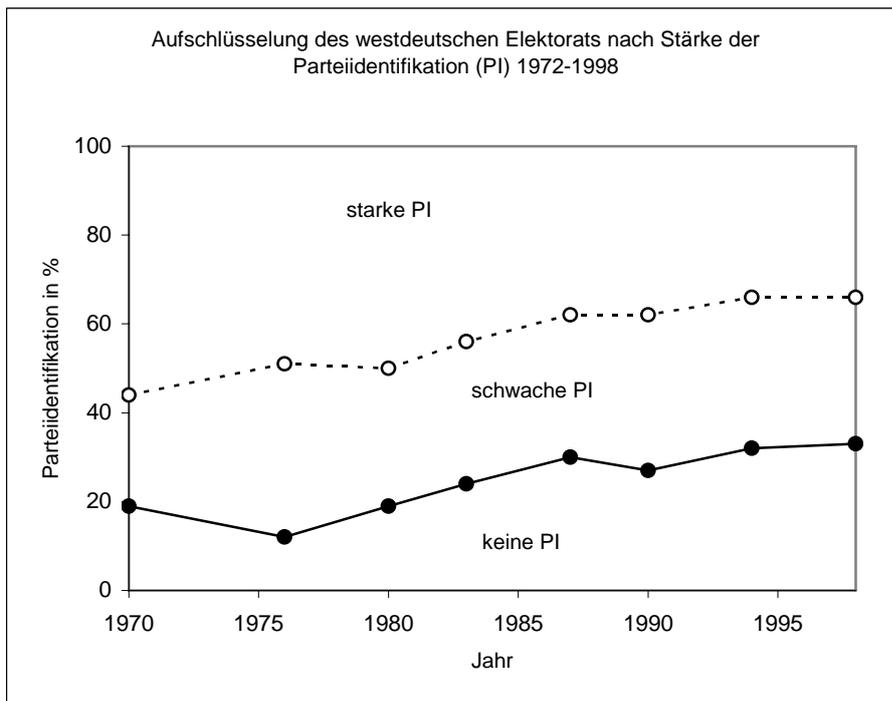
Quelle: Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus: Wahlen und Wählerverhalten, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 89.

**Anhang 5: Anteil von Personen mit Abitur, 1961-2002 (Westdeutschland)**



Quelle: Darstellung nach Ohr, Dieter/Quandt, Markus/Dülmer, Hermann: Zur Funktion und Bedeutung von Parteibindung für den modernen Wähler, in: Falter, Jürgen W./ Gabriel, Oscar W./ Wessels, Bernhard (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, S. 436.

**Anhang 6: Parteiidentifikation in Westdeutschland seit 1972**



Quelle: Schoen, Harald: Wählerwandel und Wechselwahl. Eine vergleichende Untersuchung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003, S. 119.